



Wirtschaftspolitik

Aiwanger: "Politik muss von den Unternehmern lernen"

23. Februar 2024

MÜNCHEN Der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat sich im Rahmen eines Kamingesprächs mit Vorständen, Geschäftsführern und Investoren aus der bayerischen Wirtschaft getroffen. Aiwanger unterstrich dabei die Notwendigkeit des Dialogs mit der Wirtschaft: "Wir brauchen als Politiker den Erfahrungsschatz der Unternehmer, um die Alltagsprobleme aus erster Hand zu erfahren. Die Unternehmen in diesem Land sorgen für Wohlstand und schaffen Arbeitsplätze. Aber das ist kein Automatismus, sondern muss ständig neu erarbeitet werden. Politik muss von den Unternehmern lernen, um praxistaugliche Entscheidungen zu treffen."

Denn anstatt Unternehmertum und Investitionen zu unterstützen, würden den Betrieben immer neue Steine in den Weg gelegt, so der Wirtschaftsminister. "Unternehmerische Entwicklungen müssen wieder mehr ermöglicht anstatt verhindert werden. Fast täglich informieren mich Mittelständler aus allen Branchen über eine ausufernde Bürokratie, die Projekte verzögert oder verhindert. Politik, Verwaltung, Behörden und Gesellschaft müssen wieder mehr für die Interessen der Wirtschaft eintreten und weniger nach Gründen suchen, Investitionen zu verhindern."

Aiwanger trat für wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen ein: „Im letzten Jahr verzeichnete Deutschland eine Rezession, während die Wirtschaft in den meisten Nachbarstaaten gewachsen ist. Es ist also höchste Zeit, die Unternehmenssteuern auf 25 Prozent zu senken, Energiepreise zu reduzieren und die Erbschaftssteuer wie in Österreich abzuschaffen. Und wenn Löhne und Gehälter erst ab 2.000 Euro einkommensteuerpflichtig werden würden sowie Rentner 2.000 Euro pro Monat steuerfrei hinzuverdienen dürften, würde Arbeit im Vergleich zum Bürgergeld auch wieder attraktiver. Außerdem muss Bürgergeld für Arbeitsfähige, die zumutbare Arbeit ablehnen, gestrichen werden.“

Ansprechpartner: Aaron Gottardi, stv. Pressesprecher

